

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Staatspolitische Kommission  
CH-3003 Bern

[www.parlament.ch](http://www.parlament.ch)  
[spk.cip@pd.admin.ch](mailto:spk.cip@pd.admin.ch)

An die

- politischen Parteien
- Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete
- Dachverbände der Wirtschaft
- die interessierten Kreise

2. Juli 2007

**05.463 n Parlamentarische Initiative. Scheinehen unterbinden**  
**06.414 n Parlamentarische Initiative. Änderung Bürgerrechtsgesetz.**  
**Nichtigerklärung. Fristerstreckung;**  
**Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK) hat am 28. Juni 2007 das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete sowie den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft ein Vernehmlassungsverfahren zu den oben genannten parlamentarischen Initiativen durchzuführen.

Die Frist für das Vernehmlassungsverfahren endet am **15. Oktober 2007**.

Durch die erste Vorlage (05.463n) sollen das Schweizerische Zivilgesetzbuch (ZGB) und das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz, PartG) so geändert werden, dass ausländische Brautleute im Vorbereitungsverfahren ihren rechtmässigen Aufenthalt nachweisen und die Zivilstandsämter die Ausländerbehörden benachrichtigen müssen, wenn sich Heiratswillige illegal in der Schweiz aufhalten.

Die zweite Vorlage (06.414n) beabsichtigt, im Bürgerrechtsgesetz die Frist für die Nichtigerklärung von Einbürgerungen von fünf auf acht Jahre auszudehnen.

In der Beilage erhalten Sie die Vorentwürfe für entsprechende Erlasse der Bundesversammlung, jeweils in Begleitung des erläuternden Berichts. Zusätzliche Exemplare der Vernehmlassungsunterlagen können über die Internetadresse <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html> bezogen werden.



Wir bitten Sie höflich, Ihre Stellungnahme bzw. Ihre Stellungnahmen bis zum genannten Zeitpunkt an folgende Adresse zu richten: **Sekretariat der Staatspolitischen Kommissionen, Parlamentsdienste, 3003 Bern** (Tel. 031 322 99 44, Fax 031 322 98 67, E-Mail [spk.cip@pd.admin.ch](mailto:spk.cip@pd.admin.ch)).

Mit freundlichen Grüssen

Andreas Gross, Kommissionspräsident

Beilagen:

- Vernehmlassungsentwurf und erläuternder Bericht (d,f,i)
- Liste der Vernehmlassungsadressaten (d,f,i)